

V0217/24

Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses für die Freiwilligen Feuerwehren, Ringsee, Rothenturm und Unsernherrn mit integriertem Ausbildungsstützpunkt für alle Ingolstädter Feuerwehren

-Änderungsantrag der Stadtratsfraktionen CSU, SPD, B90/DIE GRÜNEN, FW und der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 14.03.2024 zur V0173/24-

Antrag:

Hiermit stellen wir als CSU, SPD, B90/Die Grünen, FW, FDP und JU folgenden Änderungsantrag zum Antrag V0173/24:

„Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses für die Freiwilligen Feuerwehren Ringsee, Rothenturm und Unsernherrn mit integriertem Ausbildungsstützpunkt für alle Ingolstädter Feuerwehren“

Soll ersetzt werden durch:

1. Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses für die Freiwilligen Feuerwehren Ringsee, Rothenturm und Unsernherrn. Das Gebäude soll baulich so geplant werden, dass Personal und Einsatzmittel der Berufsfeuerwehr Ingolstadt stationiert werden können. Es soll dazu als integrierter Ausbildungsstützpunkt für alle Ingolstädter Feuerwehren dienen. Innovative Lösungen wie Heimarbeitsplätze sind in der Planung ausreichend zu berücksichtigen.
2. Gleichzeitig soll die Planung der Gerätehäuser Friedrichshofen und Dünzlau sofort aufgenommen werden.
3. Der Stand der in Antrag V0074/23 formulierten Sofortmaßnahmen wird dem Stadtrat dargelegt.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	14.03.2024	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	19.03.2024	Vorberatung
Kommission für Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungswesen	21.03.2024	Vorberatung
Stadtrat	10.04.2024	Entscheidung
Stadtrat	04.06.2024	Entscheidung

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 19.03.2024

Der Änderungsantrag der Stadtratsfraktionen CSU, SPD, B90/DIE GRÜNEN, FW und der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0217/24 und der Antrag der Verwaltung V0173/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Die Vorlage habe zwei Komponenten, führt Herr Hoffmann in das Thema ein. Die eine sei eine planerische Komponente und der Bereich, der von der Baurichtlinie abgedeckt werde. Nun gehe es darum, das Raumprogramm für diese drei gemeinsamen Feuerwehren zu beschließen. Darüber hinaus gebe es noch die Entscheidung über die Rahmenbedingungen, in der das Projekt abgewickelt werden solle. Herr Fall habe zugestimmt, dass das die INKoBau übernehmen werde. Derzeit sei das Baureferat mit Schulen, Kitas, einem Museum und Verwaltungsarbeiten sehr gut ausgelastet, weshalb die INKoBau um die Abwicklung gebeten wurde und dem Stadtrat eine Abwicklung im Mieter-Vermietermodell, so wie beim Georgianum oder dem Kavalier Dalwigk, vorgelegt werden solle. Die beiden genannten Objekte seien nach Realisierung vermietet worden, wobei die Mieter nicht die eigene Verwaltung war. Im Falle des Feuerwehrgerätehauses sei die Situation etwas anders gelagert, weil die Stadt dieses wieder zurück mieten würde. Darauf müsse man hinweisen. Vorab sei überprüft worden, was auf das Grundstück passe. Herr Hoffmann verweist auf eine Skizze, die dem Protokoll als Anlage beiliegt. Das Gebäude sei rund 66 Meter lang und hätte neben den eigentlichen Fahrzeughallen, 13 Ausfahrtstore, eine Verwaltung, Sozialräume und alles weitere Notwendige, modular aufeinander gestapelt. Jedoch gebe es drei Problemfelder. Zum einen würden bei solch einem Gebäude von 66 Metern Länge mit einer Höhenentwicklung von 5 Metern der Fahrzeughalle, plus Decken- und Fußbodenaufbau, plus der 3 Meter Verwaltungsgeschoss zuzüglich übriger Konstruktion, eine Abstandsfläche von circa 10 Metern zusammenkommen, die man nach der Bauordnung zumindest grundsätzlich erstmal in voller Höhe auf dem eigenen Grundstück unterbringen müsse. Das falle allerdings zu einem Drittel auf die Grundstücke der Einfamilienhäuser, die daneben entstehen sollen. Im Gebäude bringe man durchaus eine Drehleiter unter, ergänzt er. Natürlich würden Feuerwehrleute äußern, dass alles etwas zu knapp bemessen sei. Allerdings habe man sich erstmal auf die Minimalvariante beschränkt. Wenn man das gesamte Gebäude ein Stück in Richtung Westen verrutsche, dann werde es an der Stelle an der das Grundstück nach Osten verschwenke im Vorfeld des Gebäudes so eng, dass die Fahrzeuge davor nicht mehr vernünftig abgestellt und gewartet werden könnten. Das dritte Problem, gestalte sich darin, dass im roten Bereich eigentlich 24 Kfz-Stellplätze für die Feuerwehrkameraden angeordnet werden müssten. Wenn zu einem Einsatz gerufen werde, müssten diese frei sein, damit die Einsatzkräfte nicht erst einen Parkplatz suchen müssten. Das Gebäude in der Länge rage an dieser Stelle jedoch in den Bereich hinein. Die 13 Ausfahrtstore würden sich aus neun Ortsausfahrtstoren für die drei Freiwilligen Feuerwehren, einem Ausfahrtstor für ein Schulungsfahrzeug und drei weiteren für einen Halbzug der Berufsfeuerwehr zusammensetzen. Weniger als ein Halbzug mache keinen Sinn, wenn an diesem Standort Berufsfeuerwehr stationiert werden solle. Außerdem werde ein Übungs- und Schlauchturm benötigt, wenn das Ganze auch als Ausbildungszentrum dienen solle. Allerdings bekomme man das alles auf diesem Grundstück nicht mehr sinnvoll unter.

Nach erster Betrachtung sei die Umsetzung des Vorhabens auf diesem Grundstück schwierig, stellt Oberbürgermeister Dr. Scharpf fest, wobei er dem Gemeinschaftsantrag schon einiges abgewinnen könne. Die Grundidee sei nicht verkehrt, weil man sich perspektivisch in Bezug auf die Berufsfeuerwehr im Süden positionieren müsse. Wenn eine Kombination des Ganzen möglich sei, sei es auch sinnvoll, diese umzusetzen. Die heutige Beschlussvorlage sehe er unter dem Blickwinkel des Gemeinschaftsantrags als noch nicht entscheidungsreif an. Natürlich müsse man vorankommen und über das Thema sei bereits viel diskutiert worden, allerdings müsse das Projekt einer genauen Prüfung unterzogen werden. Denn die Kombination von beidem würde Synergieeffekte mitsichbringen. Wenn es an diesem Standort nicht funktioniere, müsse vielleicht ein anderer gesucht werden.

Man müsse in dem Zusammenhang noch einmal auf die Historie zurückblicken, so Herr Müller. Der Ersatzneubau des Feuerwehrgerätehauses Ringsee sei bereits seit dem Jahr 2012 im Gespräch. Inzwischen sei das Ganze zu einem Teilprojekt im Rahmen des Gesamtprojektes „Zukunftsfähige Feuerwehr Ingolstadt“ gewachsen. Er selbst habe das Thema im Planungsausschuss der vergangenen Woche ausführlich dargestellt. Das bedeute, dass man inzwischen nicht nur für eine einzelne Freiwillige Feuerwehr, sondern für ein gemeinsames Gerätehaus unter dem Zusammenschluss von drei Freiwilligen Feuerwehren und einem überörtlichen Ausbildungszentrum für die gesamte Feuerwehr Ingolstadt plane. Bezugnehmend auf den Änderungsantrag habe Herr Müller bereits letzte Woche ausgeführt, dass man die Kombination mit der Berufsfeuerwehr an dem Standort bereits geprüft habe, und angeboten, die Argumente zu verschriftlichen und spätestens zur Vorbereitung für die Sitzung des Stadtrats am 10. April 2024 zur Verfügung zu stellen. Man müsse sehr viel weiter denken, als nur für ein oder zwei weitere Fahrzeuge mit entsprechenden Funktionsbesetzungen. Wenn man sich daran erinnert, als vor knapp zwei Jahren die Planung für eine Interimswache am alten Standort Feuerwehrgerätehaus Ringsee mit einer Kombination aus Nacht- und Wochenendalarmsicherheit durch die Freiwilligen Feuerwehren und einer Tagesalarmsicherheit vorgestellt worden sei, müsse hinsichtlich des Gebäudes als auch der Stellplätze eine dauerhafte Kombination an diesem Standort vorhanden sein. Die Kameraden der Freiwilligen, als auch der Berufsfeuerwehr müssten beide gleichermaßen bedacht werden. Im Rahmen ihrer Schicht sei eine entsprechende Beschäftigung vor Ort wichtig. Das bedeute, dass auch eine Schaffung von Sozial- und Ruheräumen, Werkstattmöglichkeiten in ausgeprägter Form und weitere Übungsmöglichkeiten notwendig seien. Das gebe die zur Verfügung stehende Grundfläche aus fachlicher Wertung aber nicht her. Nach wie vor bestehe die durchgeplante Variante „Ehemaliges Gerätehaus Ringsee als Interimswache Dahlienstraße“. Zum jetzigen Zeitpunkt könne man festhalten, dass die Kombination aus Sicht der Verwaltung am Standort Grünwaldstraße jedenfalls nicht möglich sei. Dafür müssten weitere Möglichkeiten gesucht werden.

Die Aussage „Wenn wir bauen, dann soll es etwas Richtiges sein, was auch zukunftsfähig ist“, findet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll richtig. Andererseits befasse man sich seit vielen Jahren mit dem Thema. Wenn man sich die Liegenschaft – gerade der Freiwilligen Feuerwehr Ringsee – ansehe, könne man direkt feststellen, dass dringendster Handlungsbedarf bestehe. Schon aus statischen Gründen sei das Gebäude gesperrt gewesen. Jetzt seien die Kommandanten und die Feuerwehrleute in die Planungen miteinbezogen worden. Sie möchte diese ungern enttäuschen und ihnen mitteilen, dass das gesamte Vorhaben wieder neu aufgesetzt werden müsse. Zwar sei der Standort an der Grünwaldstraße / Klein-Salvator-Straße perfekt, aber das Projekt einfach zu großdimensioniert. Schließlich müsse man auch die umliegende Wohnbebauung und die Belange und Interessen der Anwohner bedenken und Rücksicht nehmen. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bezeichnet die Situation als Dilemma. Leider liege derzeit der Feuerwehrbedarfsplan noch nicht vor. Ansonsten hätte man genau gewusst, an welcher Stelle es Bedarfe geben würde und könnte somit weiter planen. Sie rät davon ab, das Vorhaben zu lange zu schieben und empfiehlt dieses zügig umzusetzen, da es auch um die Sicherheit der Bevölkerung im Süden gehe. Hätte man ein ausreichend großes Grundstück für die Kombination von Berufsfeuerwehr und den Freiwilligen Feuerwehren, von dem man gut an- und abfahren könne, hätte dieses auf Dauer mehr Charme als das jetzige. Unter der jetzigen Situation könne man allerdings nicht viel ausrichten. Sie bittet Herrn Fall um Stellungnahme zu den verschiedenen Modulbauten und Szenarien. Die Skizze von Herrn Hoffmann zeige deutlich, dass das geplante Gebäude für das Grundstück zu groß sei.

Stadtrat Schäuble stimmt zu, dass die Umsetzung des Projektes dringend sei. Das sehe man als Antragssteller dieses Änderungsantrags genauso. Trotzdem müssten alle Bedarfe und auch die gesamte Leistungsfähigkeit, was die Finanzen und die Planungskapazität betreffe, im Blick behalten werden. Er stellt den Antrag, über das Thema nochmals im

nichtöffentlichen Teil zu sprechen, da er gerne einen Aspekt ansprechen wolle, der als nichtöffentlich einzustufen sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sagt seinem Vorredner mit Zustimmung der Mitglieder des Ausschusses zu, das Thema nochmal im nichtöffentlichen Teil zu behandeln. Mit Zustimmung der Mitglieder des Ausschusses sei auch eine Beschlussfassung unter den Umständen, dass das Gebäude nicht auf das Grundstück passe, nicht möglich.

Nach der nochmaligen Beratung im nichtöffentlichen Teil ergeht folgende Beschlussfassung:

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beschlussfassung in den Stadtrat weiterverwiesen.